



# Trotz alledem Integration

“Wir sind das ausländerfreundlichste Land in Europa...” - Aussagen wie diese, die Edmund Stoiber im Interview mit der SZ am 1. März zum Besten gab, dienen meist als voraus-eilende Entschuldigung, um anschließend umso entschiedener das Aber folgen zu lassen und die Aussage - für sich genommen schon Anmaßung genug - damit ad absurdum zu führen. Doch dazu später; erst einmal fragt es sich, wie Stoiber überhaupt auf diese ziemlich dreiste Behauptung kommen kann. Dabei geht es mir nicht darum – was oft gemacht wird –, ihn selbst als Rassisten zu verifizieren und am besten mit ihm gleich das ganze System. Ich beschränke mich stattdessen auf Einwände, die vielleicht selbst aus der Logik der gemäßigten Rechten heraus nachvollziehbar sein dürften.

Soll man nun Stoibers Behauptung als den Verweis auf die Haltung der Bevölkerung hin interpretieren? Die Bewertung einer Absolutzahl bezüglich der Haltung zu Ausländern enthält unumgänglich ein willkürliches Moment. Daher wird im Folgenden auf einen Zusammenhang verwiesen, der bei Untersuchungen zur politischen Kultur Thüringens festgestellt wurde. In Thüringen ist laut der Untersuchung die Meinung weit verbreitet, die Politik kümmere sich nicht um die Anliegen der Bevölkerung. Stoiber macht sich diese Stimmung zunutze: „Wenn ich in Sachsen-An-

halt und Thüringen mit jungen Menschen rede, dann weiß ich eins: Sie haben kein Verständnis dafür, dass wir diskutieren, ob wir neue Arbeitskräfte in unser Land holen.“ Endlich also einer, der’s begriffen hat? Der die Ängste der Bevölkerung ernst nimmt? An diesem Punkt stellt sich die Frage: Warum haben diese Menschen kein Verständnis? Die Antwort lautet: vor allem aus Unwissenheit. Thüringen hat einen Ausländeranteil von 1,7 Prozent, drei Viertel der Bevölkerung jedoch schätzen den Anteil auf über 5 Prozent; ein Viertel glaubt gar, der Anteil läge über 20 Prozent. Bundesweit lässt sich Ähnliches beobachten: Jeder Zehnte glaubt, es gäbe einen Ausländeranteil von über 30 %. Und das Entscheidende: Mit der Ahnungslosigkeit nimmt die Ausländerfeindlichkeit zu. Stoiber trägt vor diesem Hintergrund mit seinem Verständnis für die Ängste weniger zur Lösung bei als zum Problem: er bestärkt ein Urteil, dessen Grundlagen bereits falsch sind. Jede Angst, und sei sie noch so diffus, umstandslos zum Gegenstand der Politik zu machen, unterlässt in unverantwortlicher Weise das in erster Linie Notwendige: diese Angst auf ihre Stichhaltigkeit hin zu überprüfen. Sollte bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt die DVU nicht mehr stolze 12,9 % erhalten wie 1998, wird dies vermutlich von seiten der CDU als Erfolg gewertet werden, ist aber an-

gesichts der konservativen Politik eine Niederlage für das politische System als Ganzes, dessen Aufgabe nur darin bestehen kann, das Bewusstsein für die tatsächlichen Verhältnisse und Probleme zu schärfen, um so wirklich rationale Entscheidungen herbeizuführen. Verdächtig muss eine Politik sein, die statt sich an der Sache zu orientieren und diese angemessen zu vermitteln, schamlos das Vermittelbare zur Sache macht, das dann gar nicht mehr vermittelt werden muss, weil es ja sowieso ist, was die Leute immer schon gemeint hatten zu wissen. Abgesehen von dieser Bewusstseinsproblematik: Nicht einmal auf den Ausländeranteil kann sich Stoiber bei seiner Aussage stützen: Gemessen an der Bevölkerungszahl sind die deutschen ca. 9 % geradezu niedrig im Vergleich mit Ländern wie der Schweiz (ca. 20 %) oder Luxemburg (ca. 35 %). Dass Deutschland vor Frankreich (ca. 7 %) oder den Niederlanden (ca. 4 %) liegt, ist zudem aufgrund deren Kolonialgeschichte nur bedingt vergleichbar. Vollends lächerlich wird Stoibers Aussage allerdings beim Blick auf die Einbürgerungsquoten: Von 1986-94 wurden - bezogen auf die Ausländerzahl von 1985 - in Schweden 58,7 %, in den Niederlanden 47,7 % der Ausländer eingebürgert. In Deutschland waren es 5 %. Scheinbar fühlen sich die Ausländer so wohl dank der deutschen



Ausländerfreundlichkeit, dass sie es vorziehen, Ausländer zu bleiben. Die werden das kaum zum Lachen finden – vielmehr macht es das Trauerspiel der Integration von Ausländern in Deutschland aus, welches zugleich noch den hässlichen Effekt hat, dass Politiker wie Stoiber einerseits auf die hohen Ausländerzahlen und andererseits auf mangelnde Integrationsbereitschaft verweisen können. Die Selbstvergewisserung der Ausländerfreundlichkeit hat hier letztlich nur einen Zweck: die Grenzen dieser generösen Haltung klar zu machen. Stoibers Botschaft lautet: Wir dürfen nicht zu ausländerfreundlich sein, sonst können wir es irgendwann nicht mehr sein. Wie unsinnig, man ist versucht zu sagen: verlogen, diese Botschaft ist, sollten alleine die genannten Zahlen deutlich machen; von der möglichen Kritik an dem, was die CSU unter Ausländerfreundlichkeit versteht, soll hier gar nicht gesprochen werden. Es folgt die Besinnung auf die deutschen Interessen. Den Hauptgrund für die Grenzen der Freundlichkeit nennt Stoiber im Anschluss an das anfängliche Zitat: "...dürfen aber nicht vergessen, dass in den vergangenen 30 Jahren die Zuwanderung erheblich stärker in die sozialen Sicherungssysteme stattgefunden hat als in den Arbeitsmarkt." Das ist in gewisser Weise wahr, aber jedenfalls nur die Hälfte einer schlechten, wenn nicht unwahren Wahrheit: Bis dahin holte man sich nämlich nur die arbeitsmarktrelevanten Zuwanderer, riss sie aus ihrem Familienzusammenhang heraus, um sie so auf ihre Arbeitsleistung zu beschränken. Diese holten erst später Frau und

Kinder zu sich nach Deutschland – nach jahrelanger Arbeit in Deutschland und für dessen Sozialkassen deren gutes Recht, welches zudem durch die Rechtsprechung bestärkt wurde. Die Alternative wäre gewesen: die vollkommene Reduktion der ausländischen Arbeiter auf deren Nutzen für die deutsche Wirtschaft. Eine Ausländerfreundlichkeit, die sich nur an diesem Nutzen orientiert, ist hohl und ausländerfeindlich und deswegen ist, was Stoiber als Tugend verkauft, genau besehen eine Selbstverständlichkeit, ein simpler Interessenausgleich und hat mit Ausländerfreundlichkeit herzlich wenig zu tun. Bei einer anderen Gruppe, den Asylbewerbern, ist die Belastung der Sozialkassen kaum ihnen anzulasten: sie ist auferlegt vom Gesetzgeber in Form des Arbeitsverbots<sup>1</sup>. Im Übrigen wurde auf die Notwendigkeit von Zuwanderung gerade wegen und eben nicht auf Kosten des Sozialversicherungssystems und des Arbeitsmarkts im Verlauf der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz oft genug hingewiesen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich möchte nicht die Schwierigkeiten leugnen, die mit Integration und Zuwanderung verbunden sind. Jedoch dieselbe Vernunft, mit der man heute unter Verweis auf diese Schwierigkeiten den Interessen der Wirtschaft entgegengetreten kann, legt genauso nahe die Anerkennung eines teilweise jahrzehntelangen Aufenthalts – vor allem in Form der Staatsbürgerschaft – als ein elementares Interesse des deutschen Staates und der gesamten Gesellschaft, damit die Kluft zwischen Staatsvolk und Landesbevölkerung und zwischen den

sozialen Schichten nicht zu groß wird und nicht mehr Menschen gegeneinander ausgespielt werden können, die ein jahrelanges Zusammenleben verbindet. Trotzdem stößt jeder Versuch, durch pragmatische Regelungen wie den Doppelpass die Situation zu verbessern, auf den erbitterten Widerstand der Konservativen.

Wie steht es mit der anderen Seite: Warum sollte sich eigentlich ein Ausländer einer Gesellschaft zugehörig fühlen, die ihm allzu oft nur das zugesteht, was nicht den Interessen der Inländer zuwiderläuft? Solange sich ein Ausländer bloß erwünscht fühlen darf, insofern er – um ein Beispiel zu nennen – entweder einen Arbeitsplatz besetzt hält, den wirklich kein anderer will oder einen Arbeitsplatz hat, der weitere Arbeitsplätze, und dann für Deutsche, schafft, solange er also auf seine Nützlichkeit für andere reduziert wird, kann er kaum einen Anreiz haben, hier heimisch zu werden und die Forderung, er solle sich integrieren, wirkt zuweilen wie Hohn, gemessen daran, zwar allen Pflichten nachkommen zu müssen, jedes Recht jedoch nur unter Vorbehalt gewährt zu bekommen. Darüber hinaus erweckt die notorische Leitkulturdebatte den Eindruck, als müsse der Ausländer der Deutsche sein, der dieser selbst nicht ist. Das Befremdliche an der Debatte ist ja weniger die Verpflichtung auf eine Leitkultur, sondern vielmehr, dass der Ausländer vermutlich pauschal gesehen dem konservativen Werthorizont – Familie, Autorität, Religiosität, Nation, etc. – weit näher steht als viele Deutsche. Ginge es wirklich um



Inhalte, müssten die Konservativen, statt ihre Leitkultur gegen die Ausländer zu verwenden, sie mit ihnen zusammen verteidigen. So werden unnötig zusätzliche Mauern errichtet und man ruft die Abgrenzung erst hervor, die vorher unterstellt wurde. Denn eine wichtige Rolle bei der langfristigen Integration der Gesellschaft und in die Gesellschaft<sup>2</sup> spielt die Möglichkeit für Zuwanderer, aus der anfangs kaum vermeidbaren - und nebenbei bemerkt: die Integration erleichternden - Abgrenzung heraus in der Gesellschaft Fuß zu fassen, was zuerst deren strukturelle und mentale Offenheit voraussetzt. Letztere ist nicht gegeben, wenn das Fremde als bedrohlich angesehen wird, eine Partei wie die Republikaner mit Plakaten wirbt, die "Rückführung statt Einwanderung" fordern, womöglich für Menschen, die bereits Jahre in Deutschland leben. Sollten diese dann trotz eines langen Aufenthalts in Deutschland unbedingt in ihr Herkunftsland zurückwollen, ist es nur zu verständlich - allerdings ein Armutzeugnis für diese Gesellschaft. Entscheiden sie sich hingegen dafür, auch ihren Lebensabend in Deutschland zu verbringen, wird der Missstand, immer noch nicht ein vollständig gleichberechtigtes Mitglied dieser Gesellschaft zu sein, umso drängender, zeugt er doch gegen eine der Wurzeln demokratischen Selbstverständnisses: "no taxation without representation". Die Gründe für eine unzureichende Integration bei den Ausländern zu suchen, missachtet den Ablauf und die Bedingungen der Zuwanderung im Rahmen der Arbeitskräfteanwerbung: ein Prozess, der aus rein öko-

nomischen Gründen in Gang gesetzt und ausschließlich unter diesem Gesichtspunkt betrachtet wurde, sowohl von deutscher wie von Gastarbeiterseite. Diese waren eine Reservearmee von Arbeitskräften für die deutsche Wirtschaft, mit der Engpässe in Folge des Wirtschaftswunders und der gesellschaftliche Strukturwandel bewältigt werden und dank derer die deutschen Arbeitnehmer in bessere Positionen aufrücken konnten. Die Armee sollte nach Erfüllung ihrer Aufgabe wieder in ihre Heimat zurückwandern, weshalb die strukturellen Bedingungen für eine Integration nicht geschaffen wurden. Wie sich das Fehlen derselben in Segregation, sprich Abgrenzung der Zugewanderten auswirken kann, sei kurz an einem Beispiel verdeutlicht: An der letzten UBK war ein Grieche - eigentlich zum Thema EU-Bürger und Stadtratswahlen - geladen, der auf die Frage nach der Notwendigkeit griechischer Schulen antwortete, diese seien unter anderem gewählt worden, da die Aufenthaltserlaubnis immer nur jahresweise verlängert wurde<sup>3</sup>. Der unsichere Status brachte die ständig drohende Gefahr einer Rückkehr mit sich, wie sie ja auch in der Anwerbezeit immer geplant gewesen war. Das ging so weit, dass Gastarbeiter nur dann weiteren Aufenthalt erhielten, solange keine Absicht erkennbar war, dauerhaft in Deutschland bleiben zu wollen. Angesichts solch paradoxer Politik kann es nicht verwundern, wenn eine Integration problematisch verläuft, und dies nicht nur in den ersten Generationen, wo sie ohnehin schwer zu leisten ist, sondern auch inzwischen in der dritten Ge-

neration und es wird klar, warum in Deutschland die Einbürgerungsquoten äußerst gering sind. Es ist mit Sicherheit nicht Folge der deutschen Politik, wenn trotz alledem, wie die Kommission der Bundesregierung feststellt, "sich der oftmals behauptete zunehmende Rückbezug auf das Herkunftsland oder eine bewusste Abgrenzung der zweiten und dritten Zuwanderergeneration von der deutschen Gesellschaft statistisch nicht belegen lässt." Im selben Sinne Faruk Sen, Direktor des Zentrums für Türkeistudien der Universität Essen: Nach Untersuchungen seines Zentrums sei "zukünftig mit 150.000 Einbürgerungen jährlich zu rechnen. Die Zahlen sind bemerkenswert: Eine beträchtliche Zahl von Menschen, die über Jahrzehnte nur als Gastarbeiter willkommen waren, will sich nun schon in einem so großen Maße mit Deutschland identifizieren, dass man Teil des Staatsvolks wird."

*Markus Henn, KV 6*

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Da Stoiber nicht müde wird, vom Asylmissbrauch zu reden, sei die Schrift der Bundesausländerbeauftragten „Mythen im deutschen Asylrecht“ erwähnt, die entschieden gegen den Vorwurf des Asylmissbrauchs Stellung bezieht. ([www.bundesauslaenderbeauftragte.de](http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de))

<sup>2</sup> Ich gehe hier davon aus, dass eine Integration in die Gesellschaft, begriffen als Angleichung, weiterhin möglich und auf Dauer das Ziel ist. Es finden sich auch Stimmen, die dieses Ziel angesichts der „Transnationalisierung“ unserer Gesellschaft bereits als obsolet ansehen (vgl. dazu den Artikel von Regina Römhild in der ZEIT vom 21.03.02).

<sup>3</sup> Ein weiterer genannter Grund ist seit PISA amtlich: Die Qualität des deutschen Schulsystems, besonders in Hinsicht auf die Integration von Ausländern.